

Somburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Somburg v. d. H. und Umgebung

Abonnementpreis: Monatsabonnement R. M. 1.75 einschließlich
Lieferung. Erscheint täglich werktags.

Tannus-Post—Somburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgepaltene 48 mm breite Nonpareille-
zeile kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Kleinatell
28 mm breit 60 Bfg.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Somburg v. d. H., Lützenstraße 26

Postfachkonto: Frankfurt am Main 39 884.

Nr. 65

Mittwoch, den 18. März 1931.

6. Jahrgang.

Die ratlose Zollkonferenz.

Frankreich steht auch dem Wirtschaftsfrieden im Weg.

Genf, 17. März.

Die Verhandlungen der Wirtschaftskonferenz des Völk-
erbundes über die Genfer Handelskonvention begannen
später als zu der ursprünglich festgesetzten Stunde,
weil verschiedene Delegierte sich die Möglichkeit erbeten hat-
ten, mit ihren Regierungen in Verbindung treten zu
können.

Die Situation hat sich aber zu Beginn der Sitzung noch
nicht geklärt und die Stimmung für die Inkraftsetzung der
Konvention zum 1. April, entsprechend dem deutschen Vor-
schlage, hat keineswegs zugenommen, vielmehr überwiegt
heute noch bei der Mehrzahl der teilnehmenden Staa-
ten die Tendenz, sich für die nächste Zeit ihre handelspoliti-
sche Handlungsfreiheit durch die Konvention nicht beschrän-
ken zu lassen.

Der Vertreter Frankreichs, Elbel, versuchte die
Verzögerung der Ratifikation durch Frankreich mit parla-
mentarisch-technischen Schwierigkeiten zu erklären. Er sei
mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden, daß
endlich die Konvention provisorisch von den Staaten,
die sie ratifiziert haben, in Kraft gesetzt wird, mit einer
Klausel, die den vertragsschließenden Staaten ihre Hand-
lungsfreiheit wiedergebe, wenn bis zu einem bestimmten
Datum der Beitritt anderer Staaten, auch Frankreichs, nicht
folgt sei.

Ministerialdirektor Dr. Pöffe

Wäre, man müsse jetzt zu einer Entscheidung vor dem 1.
April kommen. Eine nochmalige Fristverlängerung habe kei-
nen Zweck. Der deutsch-französische Handelsvertrag sei das
Ergebnis des deutschen Handelsvertragsystems.

Deshalb werde von Deutschland der Beitritt Frank-
reichs zur Handelskonvention als eine Bedingung ge-
fordert, weil Deutschland nicht weitergehende Ver-
pflichtungen übernehmen könne als Frankreich.

Der Vertreter Deutschlands wies darauf hin, daß das Han-
delsabkommen sowie das Protokoll über die weiteren wirt-
schaftlichen Verständigungsverhandlungen gegenwärtig in
größerer Gefahr wären,

da anscheinend in Europa das wahre Verständnis für
die Bedeutung dieses Abkommens erst dann kommen werde,
wenn die Wirtschaftskrise sich noch weiter verschärft hätte.
Es biete sich jetzt für die Regierungen eine letzte Gelegen-
heit, die volle Verantwortung zu übernehmen.

Der Vertreter der englischen Regierung gab
dann eine Erklärung ab, daß die englische Regierung im
Anblick auf die gegenwärtige außerordentlich schwierige
Lage ein sofortiges Inkrafttreten des Abkommens für un-
möglich halte und den Zeitpunkt des Inkrafttretens für die
Zukunft offen zu lassen wünsche. Die englische Regierung
nehme jedoch die übrigen Vorschläge an.

Die englische Regierung bevorzuge den Wert der direk-
ten Handelsvertragsverhandlungen und wünsche zunächst
keine festen Bindungen einzugehen.

Der deutsche Vorschlag, den Zeitpunkt für das
Inkrafttreten des Abkommens endgültig auf den 1. April
festzusetzen, um auf diese Weise die übrigen Regierungen,
außer dem auch Frankreich vor die Notwendigkeit einer Ent-
scheidung zu stellen, fand wärmste Unterstützung durch den
Vertreter der schweizer Regierung. Dieser meinte, daß
schon die Zeit für den Abschluß eines derartigen Zoll-
stabilisierungsabkommens noch nicht reif sei, da die
Parlamente zahlreicher Länder dieses an sich harm-
lose Abkommen noch immer nicht ratifiziert hätten.

Allgemein tritt die Auffassung zu Tage, daß das Abkom-
men am 1. April d. J.

als „tot“ angesehen

werden müsse, wenn nicht jetzt ein Ausweg gefunden
werde. Eine bindende Erklärung Frankreichs zur Ratifi-
kation hätte nach allgemeiner Auffassung ein Inkrafttre-
ten des Handelsabkommens zwischen den europäischen
Mächten ermöglicht.

Deutschland unterzeichnet noch nicht.

Die Ermächtigung vorläufig nur theoretisch.

Berlin, 17. März. Das Reichskabinett nahm den Be-
richt des Außenministers über Verlauf und Ergebnis sei-
ner Wiener Besprechungen entgegen und erörterte im An-
schluß daran die aktuellen handelspolitischen Fragen. Wie
bekannt, stand die Frage der Genfer Zollkonvention hier-
bei nicht zur Erörterung.

Man mißt in unterrichteten Kreisen der Ermächtigung,
die der Reichstag in dritter Lesung für die Regierung zur

Unterzeichnung der Genfer Konvention beschloffen hat, zu-
nächst nur theoretische Bedeutung bei, wofür man auf die
Vorbehalte verweist, die der deutsche Vertreter, Ministerial-
direktor Dr. Pöffe, in Genf hierzu gemacht hat.

Kolonien, Rußland, Eupen-Malmédy.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes im Reichstag.

Berlin, 17. März.

Nach Eröffnung der Sitzung um 12 Uhr wird die zweite
Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums
fortgesetzt.

Frau Abg. Bohm-Schuch (S.) verweist auf die be-
sondere Notlage der jugendlichen Erwerbslosen. Insbeson-
dere müsse die Ueberstundenarbeit Jugendlicher beseitigt
werden. — Abg. Wünsch (Staatsp.) bezeichnet die
Reallohnstatistik des Internationalen Arbeitsamtes in Genf
als völlig irreführend. Es sei keineswegs richtig, daß der
Reallohn des deutschen Arbeiters hinter dem der meisten
übrigen Länder zurückbleibe. — Abg. Frau Eitner (D.
Vp.) verlangt bessere Fürsorge für werdende Mütter. Wei-
ter tritt sie für eine Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge
ein. — Abg. Thiel (D. Vp.) bedauert, daß mit Zustim-
mung der deutschen Regierung der Personaletat des Inter-
nationalen Arbeitsamtes in Genf um 20 Prozent erhöht
worden sei in einem Augenblick, zu dem in der ganzen Welt
die Löhne abgebaut würden.

Inzwischen ist von den Sozialdemokraten ein neuer
Antrag eingegangen, der für Zwecke der Kinder-
speisung drei Millionen Reichsmark fordert und die
Deckung aus der Erhöhung der Aufsichtsratssteuer vor-
sieht.

Abg. Funk (N.) macht die Bergbehörden und das
Arbeitsministerium für die letzten Grubenkatastrophen ver-
antwortlich. — Nachdem noch ein Regierungsvertreter dem
Abg. Thiel geantwortet und der kommunistische Abg.
Schroter-Merleburg Erhöhung der Mittel für die Wo-
chenhilfe gefordert hat, ist die Beratung des Haushalts des
Reichsarbeitsministeriums beendet.

Die Abstimmungen zu diesem Etat werden zurückge-
stellt, und das Haus beginnt die zweite Beratung des Etats
des Auswärtigen Amtes, mit der die Beratung zahlreicher
internationaler Abkommen verbunden ist.

Von der kommunistischen Reichstagsfraktion ist inzwi-
schen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichs-
außenminister Dr. Curtius eingebracht worden. Ein
weiterer Antrag der Kommunisten verlangt, daß der Reichs-
tag die Erklärung des Außenministers über „eine kolo-
niale Wiederbetätigung Deutschlands“ mißbillige.

Zum Abkommen über die deutsch-belgische Grenze hat
die Fraktion der Wirtschaftspartei jetzt eine Entschlie-
ßung eingebracht, nach der der Reichstag bei Verabschle-
dung des Abkommens an die Reichsregierung das drin-
gende Ersuchen richten soll, jede Gelegenheit wahrzunehmen,
um

die Wiedervereinigung von Eupen und Malmédy

mit dem Deutschen Reich herbeizuführen.

Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) weist als Berichterstatter
darauf hin, daß der Haushalt des Auswärtigen Amtes
gegenüber früher um 7.4 v. H. gesenkt worden sei.
Der deutsche auswärtige Etat sei trotzdem noch reichlich
hoch und müsse weiter gekürzt werden.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

hebt zunächst hervor, daß er zur Außenpolitik selbst heute
nicht mehr sprechen wolle, da es sich in den jetzigen Aus-
sprache nur noch um den Haushalt selbst handle.

Der Berichterstatter habe mit Recht unterstrichen, daß
im Haushalt des Auswärtigen Amtes erhebliche Einspa-
rungen zu erkennen seien. Der Personalbestand des
Auswärtigen Amtes habe sich seit 1923 um die Hälfte ge-
senkt. Es würden dort zur Zeit 683 Personen beschäftigt,
also nur 100 Köpfe mehr als 1914. Diese Vermehrung sei
angesichts des erweiterten Aufgabenbereiches des Auswär-
tigen Amtes durchaus zu rechtfertigen und von einer Ver-
schwendung könne keine Rede sein. Die im Zusammenhang
mit Vergleichen zu den Haushalten anderer Staaten früher
erhobenen Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt hät-
ten sich als stark übertrieben herausgestellt. Auch weiterhin
würden Tripartit- und Umorganisationsmaßnahmen ge-
troffen werden, damit jederzeit gesagt werden könne, daß
an der Auswärtigen Amt sparsam arbeite.

Abg. D. Dr. Schreiber (Z.) wünscht Durchdringung
der Arbeit der deutschen Missionen im Auslande mit dem
Geist der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik. Trotz der
bisher vorgenommenen umfangreichen Umorganisationen
könne aber auch jetzt noch mancherlei geändert wer-
den in bezug auf die Elastizität der Apparatur des Aus-
wärtigen Amtes. Vielfach seien noch unorganische Arbeits-
systeme vorhanden. Man könne nicht sagen, daß das Aus-
wärtige Amt den richtigen Gebrauch von der
Presseabteilung gemacht habe, wenn es darum ge-
gangen sei, seine eigenen Interessen gegenüber Angriffen
in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Abg. Stöcker (N.) meint, das Auswärtige Amt ent-
wickelte sich mehr und mehr zu einer Unterabteilung des
Reichswehrministeriums. Die kolonialpolitischen Pläne auf
Wiedergewinnung der deutschen Kolonien müßten die Kom-
munisten aufs schärfste ablehnen.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftsp.) erklärt, daß sich
die diplomatischen Vertretungen Deutschlands in stärkerem
Maße als Wirtschaftsvertretungen fühlen müßten. Die Sow-
jetunion habe sowohl aus dem Rapallo-Vertrag als auch
aus den folgenden für Deutschland sehr ungünstigen
deutsch-russischen Verträgen unendliche politische und wirt-
schaftliche Vorteile ziehen können. Die Welt habe sich in der
Erwartung, daß der Fünffahresplan der Sowjets
scheitern werde, getäuscht. Aus dieser Erkenntnis müßten
nunmehr die richtigen Folgerungen gezogen werden. Es sei
gelungen, bedeutsame Teile des russischen 160-Millionen-
Volkes zur fanatischen Mitarbeit an der Durchführung des
Planes zu bewegen. Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu
Rußland müßten auf eine Basis gestellt werden, die dem
Verhältnis der beiden großen Nationen zueinander würdig
sei.

Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) widerspricht auf Grund
seiner eigenen jahrelangen Erfahrungen in den deutschen
Kolonien der Ansicht, daß die Kolonisierung einen Rückfall
in die Barbarei bedeute. Der Redner betont, daß nach sei-
ner festen Ueberzeugung Deutschland seinen Anteil an der
kolonialen Betätigung der Kulturvölker wieder erhalten
werde.

Abg. Dr. Reinhold (Staatsp.) fordert, die Regie-
rung sollte die Rede des französischen Kriegsministers zur
Veranlassung nehmen, um die Kriegsschuldfrage
zur internationalen Erörterung zu stellen und auf eine Re-
vision der Kriegsschuld Klausel hinzuwirken.

Abg. Dr. Breitscheid (S.) erklärt, die Sozialdemo-
kraten hätten die Einverleibung von Eupen und Mal-
médy in Belgien stets für ungünstig und ungerecht ge-
halten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt aber sei der Antrag
der Wirtschaftspartei auf Rückgabe dieses Gebiets ein Feh-
ler. Das beste wäre eine Volksabstimmung. Die kolo-
niale Gleichberechtigung Deutschlands habe auch
die Sozialdemokratie stets verlangt. Aber sie halte es nicht
für nützlich, daß Deutschland von ihr jetzt und in abseh-
barer Zeit Gebrauch mache. In der Frage des Panzerkreuzer-
baues habe die sozialdemokratische Fraktion einen Beschluß
zunächst noch nicht gefaßt. (Zuruf des Abg. Lorager (N.):
Das erfolgt auf Stottern!) Der Bau dieses Schiffes halte
sich im Rahmen des Versailler Vertrages. Sogar welche In-
terventionen gegen Rußland seien abzulehnen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius betont erneut, daß
die außenpolitische Aussprache bereits vor vier Wochen ab-
geschlossen sei und daß er es nicht für angebracht halte, auf
die aufgeworfenen außenpolitischen Fragen im einzelnen
einzugehen.

Es werde vielmehr zweckmäßig sein, die Auswärtige
Politik im großen Zusammenhang bald nach Ostern
wieder zu behandeln.

Abg. Joos (Z.) erklärt, die Frage Eupen-Malmédy
sei eine von den Fragen, die man nie vergessen dürfe, aber
nicht diskutieren könne.

Damit ist die zweite Beratung des Haushalts des Aus-
wärtigen Amtes erledigt. In der Abstimmung werden die
kommunistischen Anträge abgelehnt.

Eine Reihe von

Abkommen mit fremden Staaten

wird endgültig angenommen, darunter ein Abkommen mit
der Tschechoslowakei über die gegenseitige Hilfeleistung der
Sicherheitsorgane, ein Auslieferungsvertrag mit der Tür-
kei, ein Abkommen mit Großbritannien über Änderung
des Luftverkehrsabkommens und das Abkommen über die
deutsch-belgische Grenze.

Annahme findet auch die Entschlie-ßung der Wirtschafts-
partei betreffend Eupen-Malmédy.

Es folgen die Abstimmungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Unter Ablehnung zahlreicher kommunistischer Änderungsanträge finden zum großen Teil mit einer

Mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die bürgerlichen Parteien Ausschüßentscheidungen Annahme, die u. a. einen Gesetzentwurf verlangen, der zur Entlastung des Arbeitsmarktes die 40 stündige Arbeitswoche vorschreibt. Weiter soll alsbald ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die Arbeitszeit, die Sonntagsruhe und den Urlaub der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren regelt.

Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, drei Millionen Mark für Zwecke der Kinder- und Jugendberufshilfe bereitzustellen und die Deckung dafür aus der Erhöhung der Ausschüßratssteuer zu entnehmen, betont Abg. Dr. Cremer (D. Sp.), daß es sich hier um einen sogenannten Finanzantrag handle, auf den die neue Beschäftigungsordnung Anwendung finden müsse.

Ein volksparteilicher Antrag auf Zurückstellung des sozialdemokratischen Antrags bis zur dritten Lesung wird im Himmelssturm mit 178 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Der Antrag selbst wird darauf mit ähnlichem Stimmenverhältnis angenommen.

Nach Bewilligung des Arbeitsplans in zweiter Lesung wird in zweiter und dritter Lesung der deutsch-österreichische Vertrag über Sozialversicherung angenommen.

Nach einem weiter zur Annahme gelangten sozialdemokratischen Antrag, soll den Beamten und Behördenangestellten die Übernahme außerdienstlicher entgeltlicher Berufstätigkeit grundsätzlich untersagt werden mit Ausnahme von wissenschaftlicher, literarischer und künstlerischer Betätigung.

Um 8 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Postplans.

Der Hamburger Mord.

Abschluß der Vernehmung. — Versammlungsverbot
Hamburg, 17. März.

Die Vernehmungen der drei Mörder des kommunistischen Bürgerrechtsabgeordneten Henning sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Die Kriminalpolizeibehörde gibt folgenden Bericht:

Höckmair gibt an, von Jansen kurz hinter Ochsenwärder den Auftrag erhalten zu haben, den Chauffeur zum Halten zu bringen. Das habe er mit vorgehaltener Pistole getan. Er habe gehört, wie Jansen und Bammel die Kommunisten gefragt habe, ob einer von ihnen Andre sei, und daß Henning sich darauf mit seinem richtigen Namen genannt habe. Höckmair gibt weiter an, daß er die Absicht gehabt habe, die Aktentasche Hennings an sich zu bringen in der Annahme, daß in ihr wichtiges politisches Material enthalten sei. Er behauptet, nicht im Wagen geschossen zu haben. Höckmair hat sich nach der Tat von seinen Mittägern getrennt, und ist zu Fuß nach Hamburg gegangen, wo er sich bis Montag Mittag verborgen hielt.

Keine Versammlungen in Hamburg und Altona

Nicht nur in Hamburg, sondern auch in Altona und Wandsbek sind Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel sowie Umzüge der NSDAP. und der KPD, sowie deren Neben- und Unterorganisationen bis auf weiteres verboten.

Schüsse bei Zusammenstößen.

Am Montag Abend kam es zu einem Zusammenstoß. In der Mauerstraße griff ein Trupp Kommunisten zwei Nationalsozialisten an, die jedoch im letzten Augenblick in einen Laden flüchten konnten. Herbeigerufene Schutzpolizei nahm die beiden Nationalsozialisten in Schutzhaft. Die Menschenmenge räumte erst nach Abgabe einiger Schüsse die Straße.

In der Nacht wurden Schüsse auf das nationalsozialistische Verkehrslokal in der Erzbergerstraße in Altona abgegeben. Ein SA-Mann wurde so schwer verletzt, daß er hoffnungslos darniederliegt. Der zweite Schwerverletzte ist ein Unbeteiligter, der kein Mitglied der NSDAP. ist.

Für scharfes Vorgehen der Polizei.

Ein Erlaß des preußischen Innenministers.

Berlin, 17. März. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern in einem neuen Rundschreiben das Verhalten der Polizei bei der Verfolgung von Fällen grober Beleidigung von Reichs- und Staatsregierung neu geregelt.

Insbesondere macht der Minister darauf aufmerksam, daß bei Versammlungen, bei denen im Voraus offenbar werde, daß es sich um eine unfriedliche Veranstaltung handle, diese nicht nur nach Beginn aufgelöst, sondern auch schon vorbeugend verboten werden können.

Ein besonders geeignetes Verfahren, grüßliche Beleidigungen, die als solche ohne weiteres erkennbar seien, möglichst auf der Stelle empfindlich zu ahnden, bietet ferner das im Paragraph 212 des Strafgesetzbuches geregelte beschleunigte Verfahren. Nach dieser Vorschrift könne zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn die Beschuldigten infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt werden.

Niederlage der englischen Regierung.

Aber kein Rücktritt.

London, 17. März. Bei den Verhandlungen über die Abschaffung des Sonderwahlrechts gewisser englischer Universitäten blieb die Regierung mit 242 gegen 246 Stimmen in der Minderheit, 11 Liberale und zwei Arbeiterabgeordnete stimmten gegen die Regierung.

Es entstand sofort ein ungeheurer Lärm. Es dauerte geraume Zeit, ehe die Ruhe so wiederhergestellt war, daß das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben werden konnte. Auf die Frage Baldwin's, was die Regierung nunmehr zu tun gedachte, sagte der Ministerpräsident, nach der eben getroffenen Entscheidung würde die Angelegenheit erwogen werden. Jedoch würde das Gesetz wieder vor das Haus kommen. Es ist jetzt schon sicher, daß die Regierung aus diesem Anlaß nicht zurücktritt.

Furchtbare Wirklichkeit statt Film.

Ein Filmdampfer im Eismeer explodiert. — Ueberlebende treiben auf Eisschollen in Meer.

Newyork, 17. März.

Wie aus St. Johns auf Neufundland gemeldet wird, ist der Dampfer „Viking“, der eine Filmeexpedition an Bord hatte, durch eine Dynamitexplosion zerstört worden und vollständig verbrannt. Die Ueberlebenden haben sich auf Eisschollen gerettet und treiben ins Meer hinaus. Bergungsdampfer sind unterwegs, doch befürchtet man, daß sie zu spät eintreffen, um noch alle auf dem Meere treibenden Personen retten zu können. Der Dampfer hatte 150 Menschen an Bord.

Die Funkberichte von der Insel Horse besagen, daß bei der Explosion

20 Personen getötet

und viele schwer verletzt wurden; zahlreiche Mitglieder der Expedition haben furchtbare Brandwunden erlitten.

Der Dampfer „Viking“, der schon sehr alt ist und für den Seehundfang verwendet wurde, war von einer Filmgesellschaft unter der Leitung des Newyorker Filmherstellers Barid Griffel gechartert und wollte eine Seehundjagd aufnehmen. Die „Viking“ sollte mit Dynamit aus Packeis befreit werden. Dabei ereignete sich die Explosion, die auch die in der Nähe liegenden Quartiere der Filmleute zerstörte.

In Newyork hatte man die Meldung zunächst nicht ernst genommen, sondern für eine großzügige Filmreklame gehalten.

118 Mann gerettet.

Kapitän Keen und 117 Mann der Besatzung des „Viking“ sind nach viertägigen Leiden auf dem Packeis auf Horse-Insel eingetroffen. Kapitän Keen gab der Vermutung Ausdruck, daß ungefähr 25 Personen getötet worden seien und erklärte, unter den Vermissten befänden sich der Filmdirektor Barid Griffel und drei Photographen.

Neues aus aller Welt.

Wieder Raubüberfall auf einen Chauffeur. Am Abend wurde in Berlin ein Kraftdroschkenführer auf der Fahrt plötzlich von seinem Fahrgast, einem 15 Jahre alten, wohnungslosen Schlosserlehrling überfallen und durch Hammerschläge auf den Kopf schwer verletzt. Der Kraftdroschkenführer konnte seinen Angreifer noch überwältigen.

Aus dem französischen Erdbebengebiet. Im Erdbebengebiet in den Savonner Alpen setzen die ungeheuren Erdmassen von 30 Millionen Kubikmetern ihren vernichtenden Marsch in das Tal fort, und haben jetzt das Dorf Chaleard erreicht.

Eisenbahnunglück bei Marseille. In der Nähe von Marseille stieß der Pariser Schnellzug in voller Fahrt auf einen entgleisten Güterzug. Acht Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Das Unglück des „N. 101“. „Daily Herald“ veröffentlicht den authentischen Inhalt des Untersuchungsberichtes über das Unglück des Luftschiffes „N. 101“. Die amtlichen Untersuchungsstellen führen das Unglück auf Gasverlust im vorderen Teil des Luftschiffes zurück, die durch Risse in den oberen Teilen der Luftschiffhülle entstanden seien.

Bäderstreit in Athen. In Athen ist plötzlich ein allgemeiner Bäderstreit ausgebrochen. Die Regierung hat jedoch die Brotversorgung der Hauptstadt dadurch sichergestellt, daß sie sämtliche Bäderien beschlagnahmt hat.

Probefahrt des „Nautilus“. In Camden im Staate New Jersey hat Kapitän Willins auf seinem U-Boot „Nautilus“ eine Probefahrt angetreten. Willins will bekanntlich ein U-Boot-Expedition nach dem Nordpol unternehmen.

Philadelphia-Newyork-Express entgleist. Der Philadelphia-Newyork-Express ist bei Bristol in Pennsylvania entgleist. Mehrere Passagiere sind schwer verletzt, einige Wagen des Bahndamm herabgestürzt.



Der Fußball-Länderkampf Deutschland — Frankreich.

Rechts unten: Bild auf die Menschenmenge, die das Oval bis auf den letzten Platz füllte. — Links: Arch hält einen Hochschuß von Defour. — Oben: Angriff des deutschen Sturms auf Thepots Tor.

Mainz. (Nach Hechtsheim hat sich für Mainz entschieden.) In Hechtsheim fand eine Volksabstimmung über die Eingemeindung nach Mainz statt. Diese Volksabstimmung ergab für die Eingemeindung 1248, gegen die Eingemeindung 882 Stimmen. Der Gemeinderat wird jetzt in seiner nächsten Sitzung auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses den vorliegenden Eingemeindungsvertrag zwischen Mainz und Hechtsheim genehmigen.

Westhofen. (Wegen einer Pfändung ins Irrenhaus.) Einem hiesigen Landwirt wurde, da er seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte, ein Schwein gepfändet. Der in den 50er Jahren stehende Mann regte sich darüber derart auf, daß er in die Heil- und Pflegeanstalt nach Alzen verbracht werden mußte.

Aus Nah und Fern.

!! Koblenz. (Schlachthofbongott.) Der Essener Schlachthofbongott, der erst nach längerer Dauer durch gütliche Einigung beider Parteien beigelegt wurde, scheint auch andererseits zur Nachahmung anzureizen. Neuerdings sind es die Metzger von Vallendar, die ihren städtischen Schlachthof meiden und das bestmögliche Fleisch von auswärts einführen. Der Grund für diese Kampfmaßnahme liegt in der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Verdoppelung der Schlachthofgebühren, wodurch man die Kosten neuer Rühlanlagen von 70 000 RM in fünf Jahren tilgen will.

!! Trier. (50 Jahre Industrie- und Handelskammer.) Die Industrie- und Handelskammer in Trier konnte ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Zugleich bot der Tag Anlaß für ein zweites Jubiläum, des 50-jährigen Dienstjubiläums des Syndikus Baus im Dienste der Kammer. Den Anlaß zu den im schlichten Rahmen gehaltenen Feierlichkeiten bildete eine kleine Festversammlung im Kreise geladener Gäste, die in erster Linie der Ehrung des jetzt nach 50-jähriger Tätigkeit in den Ruhestand tretenden Syndikus Baus galt. Im großen Festsaal des Rathauses fand dann anschließend die Hauptfeier statt.

— Stuttgart. (In rasender Fahrt.) Morgens kurz vor 4 Uhr geriet bei der Fahrt die Königsstraße abwärts ein Personenkraftwagen durch zu große Schnelligkeit ins Schleudern und stürzte um. Während der 28 Jahre alte Fahrzeuglenker und ein 21 Jahre alter Fahrgast weniger gefährliche Verletzungen erlitten, wurde ein weiterer Fahrgast, ein 21 Jahre alter Mechaniker, schwer verletzt. Er ist wenige Stunden später gestorben.

Zur Oberurseler Mordaffäre.

Frankfurt a. M. Die unter dem Verdacht des Mordmordes in Untersuchungshaft weilende Landwirtstochter Anna Trauth wurde, wie kurz gemeldet, Montag aus der Haft entlassen. Als man in den frühen Morgenstunden des 22. Februar in ihrer Wohnung in Oberursel die 60-jährige Witwe Susanne Trauth in ihrem Bette erschlagen aufgefunden, glaubte man Grund zu der Annahme zu haben, daß die betagte Frau, die ein sonderliches Leben zu führen gewohnt war, zum mindesten unter Mitwissen ihrer Tochter umgebracht worden war. Es tauchten allerhand Verdachtsmomente auf, die sich noch derart verstärkten, daß man Anna Trauth als Missetäterin vermuten konnte. Da eine ganze Reihe Indizien gegen sie sprach, wurde sie in Untersuchungshaft genommen. Anna Trauth wurde zahlreichen Verhören unterworfen, doch blieb sie bei allen ihren Angaben stets dabei, nicht die Täterin zu sein, noch an der Tat ein Interesse befehlen zu haben, noch irgendwie beteiligt zu sein. Es ergaben sich keinerlei Momente, die die Angaben der Verdächtigten zu erschüttern vermochten, im Gegenteil, es ließ sich sogar positiv nachweisen, daß ihre Angaben zutreffend waren, so hinsichtlich der Erlangung eines Darlehens. Das in den Akten zusammengetragene Material war so dünn, daß schon bei der Abgabe der Akten seitens der Polizei an das Gericht kaum mehr ein Zweifel vorhanden war, daß die Beschuldigte auf freien Fuß gesetzt werden müsse. Ihr Verteidiger setzte sich dann auch mit aller Energie dafür ein, daß man seine Mandantin entlasse, und der Untersuchungsrichter zögerte nicht länger, Anna Trauth auf freien Fuß zu setzen. Sie wurde ihm Montag morgen zur nachmaligen Vernehmung vorgeführt und ist dann entlassen worden. Die Kriminalpolizei aber wird sich nunmehr erneut bemühen, festzustellen, wer als Täter in der grauen vollen Mordtat in Frage kommt.

Neue Gemeindegeldbescheide im Rhein-Main-Gebiet.

Frankfurt a. M. Mit Wirkung zum 31. März d. J. hat der Rhein-Mainische Bezirksarbeitsgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände das an diesem Tage ablaufende Lohnabkommen mit den Kommunalarbeiterorganisationen gekündigt. Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeitnehmer-Gewerkschaften brachten keinen Erfolg, so daß die um Entscheidung angerufene Bezirkschiedsstelle einen Schiedsspruch dahin fällt, daß sich der Lohn in den Spitzengruppe um etwa 6,5 Prozent ermäßige. Welche Stellung die Parteien gegenüber diesem Schiedsspruch einnehmen werden, ist noch nicht bekannt.

Frankfurt a. M. (Verkürzung der Frankfurter Theaterferien.) Der Magistrat hat entsprechend den Vorschlägen der Theaterdeputation beschloffen, daß im Interesse der Intensivierung des Betriebes und der Herabminderung des Zuschußbedarfs die ertraglose Ferienzeit der Städtischen Bühnen nach Möglichkeit eingeschränkt werde und demgemäß die Theaterferien von seither sechs Wochen auf vier Wochen verkürzt. Durch eine Verringerung des Urlaubsanspruchs der Solomitglieder auf fünf Wochen wird eine gruppenweise Beurlaubung des Personals ermöglicht, so daß der Forderung, wenigstens eine der beiden Theater während der Ferien spielen zu lassen, entsprochen werden kann.

Frankfurt a. M. (Betrugsprozeß Sanders.) Der umfangreiche Betrugsprozeß gegen die Kaufleute Sanders und Jost hat jetzt begonnen. Angesichts der Länge der Dauer des Prozesses wurde ein Erschüßer ausgesprochen. Jost behauptete am ersten Verhandlungstage, daß Sanders wissentlich die Unwahrheit sage, während der Verteidiger Sanders diese Behauptung zu entkräften suchte.

Hanau. (Tagd auf einen Motorrad Dieb.) Auf der Frankfurter Landstraße wollte es der Zufall, daß ein Frankfurter Autohändler mit seinem Wagen des Weges daherkam und in einem entgegenkommenden Motorrad mit Beiwagen eine Maschine erkannte, die am Tage zuvor an der Frankfurter Festhalle gestohlen worden war. Der Motorrad Dieb hatte mit einem Begleiter im Beiwagen eine Spritkiste nach Alzenau gemacht und befand sich gerade auf dem Heimweg, als er dem kundigen Händler von ungefahr in die Hände lief. Kaum hatte letzterer das Motorrad gestellt, als der Dieb auch sein Heil in der Flucht suchte und in langen Sähen dem naheliegenden Wald zuflüchtete. Doch vergeblich war sein Beginnen, denn das sofort alarmierte Ueberfallkommando war schnell zur Stelle und suchte den Wald derart gründlich ab, daß man bald die Ausreißer ausfindig und dingfest gemacht hatte.

Limburg. (Bischof Hilfrich überlebt.) Nach Limburg. Bischof Dr. Antonius Hilfrich hat sich von den Gläubigen der Stadt Wiesbaden verabschiedet. Gegen Ende dieser Woche wird der Bischof nach Limburg übersiedeln, da seine Wohnung im Bischofshaus in Wiesbaden fertiggestellt worden ist.

Mus Bad Somburg u. Umg.



Schafft Arbeit!

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit darf heute kein Volksgenosse unbeteiligt beiseite stehen. Es ist den meisten nicht bewußt, wie sehr sie, sei es durch ihre Teilnahmlosigkeit, sei es durch jenes Abgestumpftsein und Verzagen, das bald zu einer Epidemie zu werden droht, zur Verschlechterung der allgemeinen Lage beitragen. Schließlich darf man doch eine „Unturbelung der Wirtschaft“ nicht von unbekannten und geheimnisvollen außenstehenden Mächten erwarten. Nein, jeder einzelne von uns muß mitwirken, soweit er dazu irgend in der Lage ist, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wie viele solcher Möglichkeiten es auch heute noch gibt, das zeigt uns eine Broschüre, die nämlich der Reichs-Handwerkswoche vom 13. bis 22. März 1931 durch die Organisation des deutschen Handwerks an das Publikum verteilt wird. Diese offizielle Aufklärungsschrift mit dem Titel: „Handwerk tut not! Fördert das Handwerk!“ regt in unterhaltsamen, lebendig geschriebenen Aufsätzen zu eigenem Nachdenken und zu positiver Mitarbeit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit an. Ausgehend von der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung des deutschen Handwerks für eine wahre Volksgemeinschaft, zeigt sie dessen innige Verflechtung mit allen Gebieten des täglichen Lebens und weist nützliche Wege zu neuem Aufstieg. Die Probleme, die hier von berufenen Autoren in leicht faßlicher Form behandelt werden, sind so lehrreich, daß die Beachtung der darin aufgestellten Forderungen gerade heute so wichtig, daß das Büchlein in jede deutsche Familie gelangen mußte.

Stadtverordneten-Versammlung. Die nächste Sitzung der Stadtverordneten findet am Freitag, dem 19. März 1931, abends 8.15 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungsraum mit nachfolgender Tagesordnung statt:

- 1.) Antrag der oppositionellen Stadtverordneten-Fraktion auf Ausbau d. r. Barade am Güterbahnhof.
- 2.) Antrag der oppositionellen Stadtverordneten-Fraktion auf Gewährung einer Osterbeihilfe an bedürftige Kinder von Kriegenunterstützungsempfängern.
- 3.) Vornahme einer Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied der Schuldeputation.
- 4.) Änderung der Ortsstatut, betr. die Erhebung von Berufsschulbeiträgen.
- 5.) Ortsstatut, betr. Bau und Betrieb von Grundstücksentwässerungsanlagen.
- 6.) Erhebung eines Ausländerzuschlags für Schülerinnen des Lyzeums.
- 7.) Festsetzung der Kanalgebühren für das Rechnungsjahr 1931.
- 8.) Vorausbewilligung der Mittel für Ergänzung des Blondenstuhles in der katholischen Pfarrkirche Altdorf.
- 9.) Verschiedene Kreditübertragungen.

Zur Handwerkswoche bringen wir in unserer heutigen Beilage „Die geschlichen Sozialversicherungen“ die Lohnsteuer.

Die Schlosserzweigsinnung des Oberlausitzkreises, Sitz Bad Somburg, beging gestern im „Schützenhof“ ihr 10jähriges Bestehen. Herr Merle als Vorsitzender der Innung blieb bei der Zusammenkunft der Herren Syndikus Dr. Spitz-Wiesbaden, Berufsschulinspektor Vogt, Schollner vom Handwerksamt sowie den Meistern der Frankfurter Innung besonders willkommen. Vier Gesellen konnten Meisterbriefe empfangen: Schmidt, Somburg, Köln-Oberfelden, Lorey-Oberursel. Der Schöbermeister wurde anlässlich seines 50jährigen Bestehens durch Ueberreichung der silbernen Plakette geehrt. In der Frankfurter Innung. Welterhin wurden noch drei Innungsmitglieder geehrt: Schlossermeister Deifel-Somburg, Säger-Somburg, Lorey-Oberursel und Merle-Somburg. Musikalische Darbietungen umrahmten würdig die Veranstaltung.

Eine Richtigstellung. Zu der Nachricht eines angeblichen Falles, daß der angekündigte Autonomistenkongress vor dem hiesigen Amtsgericht aus politischen

Rücksichten zurückgezogen worden sei, erfahren wir aus maßgebender Quelle, daß diese Ansicht vollkommen unzutreffend ist; maßgebend für die Erledigung des Falles waren rein private Gründe.

Deutschnationale Volkspartei. Die hiesige Ortsgruppe der Partei veranstaltete gestern abend im „Admer“ eine öffentliche Versammlung. Herr Amtsgerichtsrat Schmidt eröffnete die Versammlung, bedauerte deren schlechten Besuch, der sehr wahrscheinlich auf die zur gleichen Stunde stattfindenden Veranstaltungen zur Reichs-Handwerks-Woche zurückzuführen sei. Der Redner des Abends, der Reichstagsabgeordnete Bürgermeister Dr. Berndt, ließ sich in fast zweistündigem Vortrag über das Thema „Für nationalen Aufstieg, gegen schwarze Herrschaft“ aus. Ein Entrüstungsturm, so erklärte der Redner u. a., gehe augenblicklich wegen der bekannten Maßnahmen der Brüningregierung durch unser Volk. Vor allem wegen der versassungswidrigen Geschäftsordnungsreform sei der Auszug der nationalen Rechtsopposition aus dem Reichstag vollzogen worden. Wenn man dem Volksgedanken gemäß Artikel 1 der Reichsverfassung Rechnung tragen wolle, müsse Brüning abtreten. Wie lange die deutschnationale Fraktion dem Reichstag fernbleibe, das überlasse man dem Ermessen des Führers Hugenberg. Die Duldung des derzeitigen Kabinetts durch die S. P. D. erfolge nur deshalb, um eine Rechtsregierung nicht auskommen zu lassen. Die Arbeit des Ministers Schiele könne nicht befriedigen. Heute stehe man nun vor der Gefahr, daß das für uns ungünstige deutsch-polnische Abkommen angenommen wird. Mit dem Fernbleiben vom Reichstag soll ferner bezweckt werden, daß mit der wechselnden Tendenz des Zentrums Schluß gemacht werde. Gegenüber dem derzeitigen Reichstag hätten die Deutschnationalen kein Verantwortungsgefühl, ein solches habe man nur gegenüber dem Volke. Man werde auf deutschnationaler Seite demnächst einen Redeteilzug gegen die Ansprachen des Reichskanzlers unternehmen, um so das Volk über die wahre Situation aufzuklären. Nur unter einer Rechtsregierung könne Deutschland gerettet werden; deshalb müsse das „schwarze“ Bündnis im Reich und in Preußen zerfallen werden. Ein Weg zu diesem Ziele sei das jetzt zur Durchführung gelangende Volksbegehren „Landtags-Auflösung“. Die nationale Opposition sei marschbereit. Gegen 3/4 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienste in der evangelischen Gedächtniskirche. Am Donnerstag, dem 19. März, fällt die Versammlung des Mädchenbundes Altdorf aus.

Ein Abend bei Somburgs Weckern.

Im Rahmen der Handwerkswoche veranstaltete das hiesige Fleischerhandwerk gestern im „Schützenhof“ einen hochinteressanten Abend. Namens der Fleischerinnung sowie des Handwerksamtes begrüßte Herr Obermeister Weigand die zahlreich erschienenen Gäste, insbesondere Herrn Bürgermeister Dr. Eberlein, die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, ferner das Lehrerkollegium der Berufsschule sowie den Vetter des Handwerksamtes, Herrn Schollner. Nach einem von dem Vorsitzenden des Weckergesellenvereins „Brüderschaft“, Herrn Westfal, ausdrucksvoll vorgetragenen Prolog, nahm der Syndikus der Handwerkskammer zu Wiesbaden, Herr Dr. Spitz,

zu Betrachtungen zur Handwerkswoche das Wort. Als Vertreter der Handwerkskammer könne er (Redner) sagen, daß er von Tagungen hiesiger Innungen, insbesondere der Fleischerinnung, stets mit großem Interesse mitnehmen könne. Wenige Innungen seien auf dem Gebiete der Erziehung des Nachwuchses so tätig, wie Somburgs Fleischerinnung. Das Wort „Reichshandwerkswoche“ sei bisher ein unbekannter Begriff gewesen. Man höre wohl viel von der Not der Landwirtschaft, der Industrie, der Arbeiterklasse, aber niemals habe man in gleichem Maße von der Not des Handwerks Kenntnis genommen. Das Handwerk, das auch heute in der Zeit größter Wirtschaftskrise 8 Millionen Menschen beschäftigt, sei nicht mullus geworden. Wohl könne das Handwerk naturgemäß nicht als geschlossenes Ganze vor die Öffentlichkeit treten, wie es beispielsweise bei der Industrie der Fall sei; denn das Handwerk ist im ganzen Land zerstreut. Das Handwerk habe eine sozialpolitische Aufgabe zu erledigen, darin bestehend, Brücke zwischen Kapital und Arbeit zu sein. Auch kulturelle Aufgaben obliegen dem Handwerksstande. Durch die Handwerkswoche soll dokumentiert werden, daß das deutsche Handwerk eine Lebensnotwendigkeit ist; es kann seine Mission aber nur dann erfüllen, wenn man es frei schaffen läßt. Mit den Worten, das Handwerk fördern heißt Wirtschaft fördern zum Segen unseres Vaterlandes, schloß Herr Dr. Spitz seine mit starkem Applaus aufgenommenen Ausführungen. Der nächste Redner, Herr Gewerbeoberlehrer Schneider,

bot den Anwesenden einen besonderen Genuß, indem er seine Weckerkasse zu einer Unterrichtsstunde auf der Bühne aufmarschieren ließ. Vorerst äußerte Herr Sch.: Die Vorführung einer Berufsschulkasse im Rahmen einer Veranstaltung sei etwas Neues. Mit dem Eintritt in die Lehre müsse die ellierte Erziehung der Berufs-

— **Ausschlussfrist für den Antrag auf Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch.** Die Gläubiger solcher Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten, die nach dem Aufwertungsgesetz aufgewertet sind, für welche die Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch aber noch nicht beantragt ist (z. B. von noch eingetragenen Papiermarken; gelöschten, infolge Vorbehalts oder Rückwirkung aufgewerteten Rechten; abgetretenen, für den früheren Gläubiger aufgewerteten Rechten), haben den Antrag auf Eintragung der Aufwertung des Rechts spätestens bis zum Ablauf des 31. März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamt zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so erlischt das aufgewertete Recht am Grundstück; soweit es noch im Grundbuch eingetragen ist, wird es von Amts wegen gelöscht. Nähere Auskunft erteilen die Grundbuchämter.

— **Oberschlesien-Jubiläumspostkarte.** Die Reichspost gibt anlässlich der zehnten Wiederkehr des Abstimmungstages in Oberschlesien am 22. März eine besondere Achtstempelpostkarte heraus. Die Karte trägt den Freimarkentempel der gewöhnlichen Postkarte und auf dem linken Teil der Vorderseite die Abbildung des ober-schlesischen Wappens in farbiger Ausführung mit der Umschrift: „Oberschlesien 1921 bis 22. März 1931.“ Die Karte ist auch für den Auslandsverkehr zugelassen, nachdem die für den Auslandsverkehr notwendigen Freimarken nachgeklebt werden. Die Ausgabe an den Posthallen erfolgt am 21. März. Die Postkarte wird nur in beschränkter Auflage ausgegeben.

— **Die Teilnahme am deutschen Sängerbundfest.** Zum Frankfurter Sängerbundfest des Deutschen Sängerbundes Juli 1932 haben sich bis jetzt 3112 Vereine mit 68 506 Teilnehmern angemeldet; 108 Sonderkonzerte werden gewünscht. Zum Festzug sind 6 Musikkapellen, 18 Festwagen und 2638 Fahnen zugelagt. Da noch der größte Teil des Deutschen Sängerbundes aussteht, rechnet man nach den endgültigen Anmeldungen mit einem ähnlichen Massenbesuch wie in Wien.

Gonzenheim.

Der musikalische Gemeindeabend des Kirchenchors war erfreulich stark besucht und ist zur Freude aller Teilnehmer wohl gelungen. Der Saal im „Darmstädter Hof“ war ganz gefüllt. Der Chor festigt sich in dem Bestreben, der Gemeinde mit der Pflege des Kirchengesanges und des Volksliedes zu dienen. Der Vortrag der Chöre war gut und fand dankbaren Beifall. Besonderer Dank gebührt dem Dirigenten Herrn Konziemeister A. Wünsche und den Solisten Frau Jeger (Klavier), Herrn A. Schmück (Bariton) und Herrn E. Bender (Violine). In der Pause veranstaltete die Frauenhilfe eine ansehnliche Verlosung, zu der 145 Gewinne geschenkt waren und über 500 Lose verkauft wurden. So führte der Abend auch nach dieser Seite hin zu den erwünschten Erfolgen. Kirchenchor und Frauenhilfe mögen auf der begonnenen Bahn der Gemeinde weiter dienen zur Hebung des Gemeindelebens und zur Ehre Gottes unter uns.

schul- und Landeserziehung Platz machen. Das Fundament der Erziehung liege nun im Meisterhaus. Der Lehrling sieht Schaffen und Wirken des Meisters. Er lebt nun mit dem Gesamtbetrieb auf. Warum oftmals gegen die Erziehung im Meisterhaus? Je länger der Lehrling dem Meisterhaus verbleibt, desto schärfer wird er im Beruf erzogen. Als neuer Faktor kommt die Berufsschule hinzu, die unbedingt zur vollkommenen Ausbildung des jungen Menschen gehört. Hier wird er mit dem Theoretischen bekannt gemacht. Es ist erklärlich, daß bei einer Fachklasse mehr geleistet werden kann, als in einer Klasse, deren Schüler den verschiedensten Berufen angehören. Denn bei der Fachklasse kann auf die individuelle Erziehung des jungen Mannes Wert gelegt werden.

Die kleine Sensation des Abends war die schon oben erwähnte Vorführung der **Weckergeschichte der Berufsschule.** Jetzt lernte man den Pädagogen Schneider kennen, der es wirklich versteht, seinen Schülern nur brauchbares Fachwissen mit auf den Lebensweg zu geben. Solche zukünftige Meister, das merke man, werden in allen Sparten ihres Berufes Bescheld wissen. Die Jungens geben genau Auskunft über alle Fragen, die mit dem Weckergewerbe zusammenhängen (Kalkulationen, Vieheinkauf und Verkauf, Säuleverwertung, allgemein Geschäftliches usw.)

Der letzte Teil des Abends war von einem Referat des Herrn

Weckergemeisters Beder-Offenbach ausgefüllt, der zu dem Thema „Die Bedeutung des Weckergewerks für die Volksernährung“ Stellung nahm. Zunächst hörte man Geschichtliches, so über den Fleischergenuss bei den Völkern der Antike. In Deutschland kann das Weckergewerbe auf eine 1000jährige Vergangenheit zurückblicken. Mitte des 13. Jahrhunderts hören wir zum ersten Male von einer zunftmäßigen Organisation. Wenn sich das Weckergewerbe zu einem großen Machtfaktor in unserer Wirtschaft entwickelt hat, so beweist dies nur seine berechtigte Existenz. Trotz Warenhäuser und Konsumvereine werde sich das Handwerk als Hersteller und Lieferant von Qualitätsware wohl zu behaupten wissen. — Man nahm von der Veranstaltung den Eindruck mit nach Hause, daß im hiesigen Weckergewerbe Qualitätsarbeit oberstes Gesetz ist.

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Derg, Bad Somburg. Für den Anzeigenteil: Jakob Klüber, Oberursel. Druck und Verlag: Otto Wagenbreth & Co., Bad Somburg.

Moderne Bucheinbände

vom einfachen Pappband bis
zum verzierten Ganzlederband

sowie alle sonstigen Arbeiten
fertigt Ihnen preiswert und gut

FRANZ BECKER
BUCHBINDEREI
Nur Luisenstrasse 35

Westermanns Monatshefte

die schönste deutsche Monatschrift

halten sich allen gebildeten
Lesern bestens empfohlen.
Auch Ihnen wird diese schönste
deutsche Zeitschrift sicher ge-
fallen. • Verlangen Sie eine
Probennummer unter Benennung
des anhängenden Gutschein.

Gutschein Fern sendet der Verlag von Georg
Westermann, Braunschweig, gegen
Einsendung von 30 Pfennig ein
Westermanns Monatsheft im Werte von 2 Mark •

Name: _____
Straße: _____
Postfach: _____

Wir drucken:

Glückwunsch-, Verlobungs-
Reklame- und Diskarten
Geschäfts- u. Vereinsdruckreden
Briefbogen
Briefumschläge
Rechnungen
Einladungen
Programme
Plakate
Postkarten
Eintrittskarten
Festschriften

u. liefern billigt

Homburger
Neueste Nachrichten

Leibbinden u. Bruchbänder



aller Systeme



Plattsub-Einlagen — Gummistrümpfe
in nur guter Qualität und großer Auswahl.

Sanitätshaus Carl Ott, G.m.b.H.
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

In der Fleischversorgung der Bevölkerung

steht zwischen Erzeuger und Verbraucher als
wichtiges Glied in der Fleischverarbeitung
das heimische Metzgerhandwerk.

In der Erfüllung seiner wertvollen Aufgabe
verantwortungsvoll und verantwortungsbewußt der
Gesundheit und der sparsamsten Haushaltsführung
zu dienen, bitten wir alle Bevölkerungsteile besonders
die Hausfrauen Homburgs

erneut um ihr Vertrauen. Wir sind bestrebt nach
Handwerksart alle persönlichen Wünsche der Käufer
nach preiswerten Qualitätswaren zu befriedigen,
unterstützt durch hygienisch einwandfreie, moderne
Betriebsanlagen und unterstützt durch unsere
Innungs-Nebeneinrichtung die uns die besten
Blechqualitäten Deutschlands vermittelt.

Hausfrauen haust Euren Bedarf an Wurst- und Fleisch-
waren nur beim bodenständigen Homb. Metzgerhandwerk.
Homburger Fleischer-Innung.

Neu erschienen:

Das **BAND 16** Schlager-
führende Album

Zum 5 Uhr-Tee

Inhaltsverzeichnis:

Nur
RM.

4.-

statt
einzeln
be-
zogen
für
ca. RM.
36.-

Nur
RM.

4.-

1. **Liebling, mein Herz läßt dich grüßen** Slow-Fox
2. **Erst kommt ein großes Fragezeichen** Foxtrot
3. **Oh, Fräulein Gretel** Tango. Boda / Juan Llossas.
4. **Liebste glaub an mich**, Lied } a.d. Op. Schön ist die Welt.
5. **Ich bin verliebt**, Valse Boston } L. Herzer u. F. Löhner / Lohr
6. **Das Mädchen am Bodensee** Walzerlied, Traugott Schütz
und Karl Wilczynski / P. Mueller.
7. **Wenn Du mal in Hawaii bist** Tango. Willi Rosen und Kurt
Schwabach / Willy Rosen
8. **Trink mit mir auf Du und Du (Stein Song)** Marschlied
und One Step. Jos. Freudenthal / E. A. Fensd.
9. **Schenk mir eine Tafel Schokolade** Tango. Boda
Fr. Schwarz und Roderich Lander.
10. **Singen laßt die Geigen...** Tango. Boda / Juan Llossas.
11. **Wir Kameraden der Berge** Marschlied. } a.d. Ital-Ton-
der weißen Berge. Willi Rosen u. Marcel Lion / Giuseppe Becce
12. **Der Soldat ist treu...** Marschlied } a. d. Allianz-Ton-
13. **Warum bist Du so traurig?** Lied/Tango } film „Drei Tage
Mittelstern“ Charles Amberg / Artur Guttman u. Nico Dostal
14. **Am schönen Titicacasee** Lied/Foxt. F. Rotter u. W. Jurmann
15. **Die bessern ältern Herren sind richtig!** Foxtrot
Charles Amberg u. Willy Rosen / Fred Raymond u. Will Meisel
16. **Weil ich Dich so lieb hab (Exactly like you)** Lied
und Slow-Fox. Boda / Jimmy Mc Hugh
17. **Ein bißchen Puder, ein bißchen Schminke** Tango
Friedr. Schwarz und Willy Rosen / Dr. Eberler und Will Meisel
18. **Zuerst ein Schnüpschen (Tänzchen)** Tango. Friedrich
Schwarz und Jerry Wiga / Jerry Wiga
19. **Wissen Sie, daß Ungarisch sehr schwer ist?** Lied
und Foxtrot. Charles Amberg, Friedr. Schwarz und Joe Hajós.
20. **Das macht uns keiner nach!** Marsch und Lied. Her-
mann Frey / Willy Rosen.

20

Ton-

film-

Ope-

retten-

und

Tanz-

Schla-

ger

20 d. z. Zt. beliebtest. Tonfilm-Operetten- u. Tanz-Schlager 20
für Klavier mit vollständigen Texten | Ungekürzte Original-Ausg.

Pracht-Ausstattung!

Künstlerisch. Mehrfarbentitel

Die früher erschienenen Bände sollen in empfehlende Erinnerung gebracht.

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder durch
den VERLAG ANTON J. BENJAMIN, A.-G., LEIPZIG C1, TAUBCHENWEG 20.

17. Volkswohl-Lotterie

Ziehung: 15.—22. April 1931

Gesamt-Gewinne Mk. 465000

Hauptgewinn 100 000

50 000

40 000

20 000

Einzellos 1.— M
Doppellos 2.— M
Glücksbriefe zu 5.—
u. 10.— M fortirt
empfiehlt und ver-
sendet (Nachnahme)

Geschäftsstelle der „Homburger Neueste Nachrichten“,
Luisenstraße 26
Telefon 2707

P. J. TONGER
P. J. TONGER
P. J. TONGER
E
N

Noten Instrumente
Musikverlag Schallplatten

Gratisprospekte · Auswahlsendungen

P. J. TONGER
Köln a. Rh. / Am Hof 30-36

1 (auch 2)

möbl. Zimmer

ev. mit Küche zu vermieten.
Off. unter 821 an die Gesch.
ds. Blattes.

Möbl. Zimmer

sofort oder später mit od.
ohne Pension zu mieten
geücht. — Offerten unter
819 an die Geschäftsst.
dieser Zeitung erbeten.

Einfamilien-Haus

oder 5-Zimmer-Wohnung
nebst Zubehör sofort zu
mieten gesucht. Angebote
mit Fest-Mietpreis an die
Geschäftsst. unter 818

Wer verkauft
sein Haus?

evtl. mit Geschäft od. sonst.
Anwesen hier oder Umge-
bung? Nur Angeb. direkt
vom Besitzer unter 815 an
den Verlag der „Beimiet-
u. Verkaufs-Zentrale“ Frank-
furt am Main, Goetheplatz 22

6-Zimmer-Wohnung

wenn möglich, auch mit
großer, heller Werkstatt,
baldest zu mieten gesucht.
Schriftliche Angebote unt.
816 an die Geschäftsst.
dieser Zeitung.

Ladenlokal

in nächster Nähe d. Mark-
platzes, für jede Branche
geeignet, sofort billig zu
vermieten. Näheres zu
erfragen in der Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.

Verkaufsschlager

mit nach felt. groß. Erfolg u.
hoch. Gewinn bring. jeders. gut
verk. Massenartikel (D.M.B.)
beste behörl. Zeugn. u. Gut-
achten, Kaufmann oder abgek.
Beamten gefucht. Nur Lager-
übernahme ca. 30 Mt. er-
b. Angeb. unter 814 an
die Geschäftsstelle.

Viele Dauererfahrungen

durch Aufstellung einer zeit-
gemäßen Maschine. (M.M.)
erforderlich. Off. u. 818
an die Exp. dieser Zeitung

Erfindung bieten wir tüch-

tigen Kaufleuten
Herren aus der Immobilien-
u. Versicherungsbranche; evtl.
nebenberuf. Dob. Einkommen
Deutsche Finanz-Propaganda
Ges. m. b. H., Berlin SW 48
Wilhelmstraße 113.

Ihr Schicksal 1931/32

Wissenschaftl. Charakter-
deutung. Geburtsdatum
angeben. Probedeuf. umsonst.
Rückporto erbeten.
Kosmolog Deutscherbau
Hamburg 5, Danzigerstraße 1

Die unterirdische Goldfestung von Paris. Der größte Goldvorrat Europas.

Die Goldvorräte Frankreichs sind im Laufe der letzten Jahre um 47 Prozent auf 36 Milliarden Franken, gleich etwa 9,5 Milliarden RM angewachsen. Damit stellen sie den reichsten Goldvorrat der Welt dar und stehen unmittelbar hinter dem größten Goldvorrat der Welt, dem der Federal Reserve Bank der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Hälfte dieses französischen Goldes wird in Hunderttausenden von Goldbarren in den unterirdischen Gewölben der Bank von Frankreich aufbewahrt, die eine von Stahl, Wasser und Felsen eingeschlossene Festung bilden. Ein New Yorker Berichterstatter, dem die Erlaubnis erteilt worden war, die Gewölbe zu besichtigen, schreibt darüber: „Bomben, die vom Flugzeug aus über Paris abgeworfen würden, vermöchten niemals die Rüstung zu durchschlagen, welche die Zellen schützt, und im Falle von Revolutionen würden tausend Männer — Soldaten und Bankbeamte — in der Lage sein, auch einer wochenlangen Belagerung standzuhalten. Jede Gefahr, die dem Goldvorrat etwa drohen könnte ist in Erwägung gezogen und von den Ingenieuren, die vor einigen Jahren diese Gewölbe erbauten, praktisch ausgeschaltet. Die Gewölbe liegen unter einer 32 m dicken Felsdecke. Darunter und ringsherum fließen die eingedämmten Gewässer des unterirdischen Flusses Grange-Bastille, auf den die Ingenieure bei den Ausschachtungsarbeiten gestochen waren. Sie beschloßen, diese Gewässer zur Verteidigung gegen eine etwaige Unterminierung der Keller heranzuziehen. Die Gewässer wurden in ein verzweigtes System von Kanälen zusammengeschlossen, die wasserdichte Mauern umspülen. Auch der Eingang zu den Gewölben wurde in die Verteidigungsorganisation einer Festung einbezogen. Die aus Stahl und Zement bestehenden Türen hatten ein Gewicht von je acht Tonnen, das aber durch einfache Betätigung eines Handgriffs um weitere zwölf Tonnen erhöht werden kann. Wenn in Paris morgen eine Revolution ausbrechen sollte, wäre die Bank von Frankreich in der Lage, sich unverzüglich in Belagerungszustand zu versetzen und vermöchte wochenlang allen Angriffen der Aufständischen zu widerstehen. In weniger als einer halben Stunde könnten Beamte und Angestellte in den unterirdischen Gewölben versammelt werden, wo für sie Pulle und Stühle bereit stehen. Sechzig Luftschächte, deren Ausgänge so sorgfältig versteckt sind, daß es den Belagern unmöglich wäre, sie zu finden, würden den Belagerten frische Luft in ausreichendem Maße zuführen. Ebenso sorgsam ist für die Ernährung der Verteidiger Sorge getragen. Es stehen Küchen bereit, die jeden Tag wenigstens 1000 Personen ausreichend versorgen können und die Lebensmittelvorräte werden laufend erneuert und ergänzt.“

Disziplin Unterworfenelemente von Empfindungen

Das Stichwort des Frühlings. — Lenz, Lenz und Liebe. — Amor rüstet sich auf Ueberstunden. — Der Vater holt die Tochter vom Standesamt. — Lippenstift-Servietten.

Der Winter hat just im Lenzmonat uns gezeigt, daß vorläufig noch er Herr im Hause ist, und er hat seine ganzen Requisiten, Schnee, Eis Kälte, Lawinen, Stürme, erst recht ausgepackt, sie mitten zwischen der schon vom Frühling träumenden Menschen geworfen. Die mühten erschrocken ihre dicksten Wintersachen nochmals hervorzuholen und dabei nießen, daß das Rottenpulver aufwirbelte. Schmutz und Grippe kehren wieder, und auch von den vorwühligen Knospen, die sich draußen in der Natur an den Sträuchern schon hervorgewagt hatten, werden sich viele empfind-

lich erkälten haben. Aber der Lenz steht trotz allem doch schon auftrittsbereit hinter den Kulissen und wartet auf das Stichwort, wie es im Rollenbuch des Spieles der Jahreszeiten verzeichnet ist. Zwar der lockere, von Mai und Liebe schwärmende Gefelle hat schon manchenmal sein Stichwort verpaßt und ist viel zu spät auf die Bühne gekommen; aber man muß es ihm lassen, er hat die Situation doch immer noch gerettet, und wir klatschten ihm doppelten Beifall trotz der Verspätung. Er ist halt bezaubernd wie ein Heldentenor oder ein jugendlicher Liebhaber, sobald er nur tritt. Der Ausgang des Kampfes zwischen Winter und Frühling macht uns gar keine Sorgen, wir kennen das „happy end“, das glückliche Ende, so genau wie bei jedem Courts-Mahler-Roman oder bei jedem amerikanischen Durchschnittsfilm. Und so werden wir denn bald wieder junges Grün und Blütenduft schlemmen, Lenz und Liebe keimen allenthalben mehr oder weniger zart — je nach der Richtung: romantisch oder in neuer Sachlichkeit — hervor, alles freut sich angeblich, der Ehemann wird allerdings merkwürdig nervös, wenn er mit seiner holden Gattin an Schaufenstern von Konfektionshäusern vorbeikommt. Na, kurz und gut, wir werden eben den Lenz mit all' seinen menschlichen und natürlichen Begleitererscheinungen über uns ergehen lassen. Daß besonders Amor um diese Zeit sehr rührig wird und Ueberstunden machen muß, um seine während des Winters auf Vorrat gesparten Pfeile zu verschleßen, ist eine uralte Konjunkturercheinung, und nie im ganzen Jahr ist die Zahl der Eheschließungen höher als im Mai.

Auf den Wonnemonat mag sich auch jene Maid vertragen, die dieser Tage kurz vor Knüpfung des Knotens, der „ewig bindet“, von ihrem Vater aus des Bräutigams Armen hinweggerissen wurde. Die Geschichte hat sich auf dem Cannstatter Standesamt zugetragen. In Begleitung der Trauzeugen war ein Brautpaar angekommen und wollte vor dem Standesbeamten den Ehebund schließen. Da der Beamte gerade anderweitig beschäftigt war, mußte es warten und Platz nehmen. Plötzlich erschien wuschelnd der Vater der Braut, ließ seine Tochter durch den Hausmeister herausholen, packte sie ärmlich umfaßt und forderte sie mit nicht mißzuverstehender Miene auf, sofort mit ihm nach Haus zu kommen. Der bedrohliche väterliche Einfluß war stärker, als die Liebe zum Bräutigam, und, wenn auch widerwillig, trostete die Ehegandin mit nach Haus. Als nach einigen Minuten der Standesbeamte die Trauung vornehmen wollte, konnte der ahnungslose Bräutigam seine Braut im ganzen Hause nicht mehr finden. Das maßlose Erstaunen der Beteiligten legte sich erst, als ein Spatzvogel dann meinte: „Ja, no kommt ihr halt am nächste Samstag wieder“. Und wenn's nicht am nächsten Samstag ist, dann doch an einem Tag im schönen Mai, bis dahin wird sicher auch unter dem Einfluß des Lenzes die harte Kruste um des Vaters Herz geschmolzen sein.

Den verlebten Jünglingen in der Stadt, wo die Rose mit außer Augenbrauen auch weitere Kreise gezogen hat, befeuert dieses Frühjahr etwas Neues: Lippenstift-Servietten. Neben den Jünglingen, deren Taschentuch immer so verräterische Farbspuren zeigt, haben nämlich auch die Gastwirte darüber geklagt, daß durch die mit Lippenstift behandelten Lippen ihrer weiblichen Gäste die Servietten ruiniert würden, da das künstliche Lippenrot abfärbt und durch die Wäsche nicht wieder herausgeht. Um dem abzuwehren, hat man in Berlin also die Lippenstift-Serviette erfunden. Es sind kleine Stücken eines besonders präparierten Papiers, die bequem in der Handtasche mitgeführt werden können. Aber was haben die Jünglinge damit zu tun? So werden vielleicht kindliche Gemüter fragen. Wie kommt Lippenstift in das Taschentuch besagter Jünglinge? O, ahnungslose Engel! Habt ihr noch nie munkeln hören von einem eigenartigen, zwischen Liebenden sich ereignenden Vorgang, bei dem die beiden Ränder einander bedenklich nahe kommen, ja sich sogar berühren sollen? Dann schlägt mal im Lexikon unter „K“ nach, dort werdet ihr vielleicht einen ähnlichen Vorgang beschrieben finden. So kommt das Lippenrot von einem Mund auf den anderen, und später wischt es der Jüngling heimlich ab, da man ihm ja nicht gerade sofort anzusehen braucht, daß er von fremden Kirchenslippen einen Kuß gepflückt hat.

Sicher wird in den Städten eine starke Nachfrage nach solchen Lippenstift-Servietten eintreffen. Auf dem Lande hat

man so etwas Gott sei Dank noch nicht nötig, da braucht man keine Angst zu haben, einen roten Mund durch Lippenstift zu bekommen, da ist alles Natur, und im blühenden Lenz werden die jungen Burken wieder wieder singen vom Schönelein, das Neugelein hat „wie zwei Sternlein“ und einen „rosenro-o-fo-ten Mund“.

Autodiebstähle en gros. Die Berliner Kriminalpolizei ist jetzt einer weitverzweigten Bande von Autodieben auf die Spur gekommen. Die Diebe unternahmen ihre Raubzüge in Berlin und unterhielten in Dresden eine regelrechte Vertriebsorganisation. Die Führer der Bande, ein ehemaliger Kellner und der Besitzer eines großen Dresdener Autogeschäftes, sind bereits verhaftet. Die Autos wurden von Berlin, wo sie gestohlen wurden, sofort nach Dresden gefahren, dort umgebaut und mit neuen Nummernschildern versehen verkauft. Inserate in den Tageszeitungen brachten die Käufer. Es ist bisher noch nicht festgestellt, wieviel Autodiebstähle die Gesellschaft ausgeführt hat.

Warum immer ausländisches Holz?

Polnische Kiefer, amerikanische Bretter, Pilschpinel

Das Fachorgan des Reichsverbandes Deutscher Waldbesitzer, des Deutschen Forstvereins und des Reichsforstverbandes in Berlin veröffentlicht folgende sehr beachtliche Ausführungen, deren weitestete Verbreitung zu wünschen ist, um „diese zum Himmelsschreienden Zustände immer wieder an den Branger zu stellen“. In der Fachzeitung heißt es:

„Ich bewarb mich dieser Tage bei zwei Fensterrahmen-Fabriken, Gegend Frankfurt a. M., um die Lieferung von deutscher Kiefernblockware. An beiden Stellen wurden mir die Bedingungen für Herstellung von Fensterrahmen für den Neubau der Ortskrankenkasse Offenbach — ein großes Gebäude — vorgelegt. „Dort heißt es, daß nur polnische Kiefer Verwendung finden darf“, deutsche also ausgeschlossen ist. Nun dürfte polnische Kiefer qualitativ kaum über unserer guten Bamberger, Steigerwälder oder Engstaltener liegen. Die Fensterrahmen werden überdies gestrichen und es dürfte die Struktur derselben kaum beeinflussen, wenn bei deutsche einige gesunde Keste mehr in dem Rahmen sind, wie bei polnischer. Man greift sich an den Kopf über derartige Vorurteile, wenn man weiß, in welcher schwerer Lage sich die Holzwirtschaft in Deutschland befindet und wie viele deutsche Holzarbeiter heute arbeitslos sind. Sind die Architekten von allen guten Geistern verlassen? Gerade die Ortskrankenkassen, die mit dem Gelde von Unternehmern und Arbeitern heute Monumentalbauten erstellen, haben keine Ursache, Geld nach dem Ausland zu schicken.“

Unlängst hat die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau in Köln eine sehr große Lieferung von Fußbodenbrettern ausgeschrieben. In den Bedingungen stand wörtlich: „Deutsche und tschechische Bretter sind ausgeschlossen“. Also derselbe Stand! Es müssen schwedische, finnische oder amerikanische Bretter sein. Ja, deutscher Michel! Oregon, Oregon rifts, Red pine, Pilschpinel, Schweden oder Finnen, das klingt schöner, das ist besser, weil es ausländisch ist. Dorthin muß unser Geld geschickt werden, wir können es uns leisten!

Handel und Wirtschaft.

Frankfurter Effektenbörse vom 17. März: Nachdem schon an der gestrigen Abendbörse eine Abschwächung des Kursniveaus eingetreten war, machte sich auch zu Beginn des heutigen Verkehrs bei der Spekulation weiteres Entlastungsbedürfnis geltend, das noch durch die schwache Haltung der Deutschen Linoleum-Aktien, die schon gestern abend verstimmt, und der Waldhof-Aktien unterfüttert wurde. Die Kursveränderungen hielten sich indessen bei der Mehrzahl der Wapere in engen Grenzen, da andererseits die erneut befestigte New Yorker Börse und der weiter gebesserte Reichsbank-Ausweis für die zweite Märzwoche einen gewissen Rückhalt bot. Das Geschäft war sehr gering, zumal Kaufaufträge kaum vorgelegen haben dürften. Am Anleihemarkt erhielt sich für deutsche Anleihen die feste Grundtendenz.

Da besann er sich. Er mußte sein heutiges Ausbleiben bei Helge entschuldigen. Gleich wollte er anrufen, damit sie beruhigt war.

„Herr Verntoven. Bitte?“
„Nen Abend, lieber Schwager. Nanu! Wir hatten Sie erwartet!“

„Bitte tausendmal um Entschuldigung. Jetzt ist es aber doch wohl zu spät. Ich bin morgen früh gegen zehn Uhr da und bringe das versprochene Parfum und das Konfett von Kaiser mit. Wollen Sie, bitte, Helge recht herzlich grüßen? Ich werde ihr morgen erzählen, weshalb ich nicht kommen konnte.“

„Aber bitte! Helge küßte sich sowie so nicht recht wohl. Sie hat nicht viel Aufhebens über Ihr Fernbleiben gemacht. Na ja, wo Sie Glücklicher doch schon in wenigen Wochen für immer mit ihr vereinigt sind!“

„Auf Wiedersehen also morgen früh“, sagte Verntoven kurz, denn er hatte seine Antipathie gegen diesen Schwager noch immer nicht überwunden.

„Wiedersehen, ich...“

Aber Professor Verntoven hatte schon angehängt. An diesem Abend erfuhr Verntoven nichts über seinen kleinen blonden Schützling. Das Mädchen schlief durch bis zum Morgen. Dann erwachte Frau Eisner sie gerade, als sie das Haus verlassen wollte. In diesem Augenblick kam auch Verntoven die Treppe herunter und lachte, als er den kleinen Ausreißer sah.

„Guten Morgen. Nun, wohin denn? Ich sollte Sie doch verstecken? Oder wissen Sie, wohin Sie gehen können?“

Ihre schönen, großen, seltsam schimmernden Augen sahen ihn furchtsam an.

„Ich muß doch fort!“

„Das müssen Sie durchaus nicht. Ich will Ihnen doch helfen. Kommen Sie also erst ruhig mit ins Zimmer zurück. Wir frühstücken zusammen, und Sie erzählen mir.“

— Ja? —

„Ich — kann — nichts — sagen. Ich bin — — mein Gott!“
(Fortsetzung folgt.)

Harald Bernkoven Blondes Modell

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) 1930

110
Einen Augenblick lang schwebte er in schwerster Gefahr, dann überwand er sie mit zäher Energie, schwamm mit der leichten Last dem Ufer wieder zu. Dort hüllte er die kleine Gestalt in seinen Mantel, blickte unschlüssig in das kalte, von nassem Mondhaar umgebene Gesicht, dachte: Wohin nun am besten? In ein Krankenhaus doch wohl? Daß sie noch lebte, hatte er festgestellt. Sie war nur ohnmächtig. Also in ein Krankenhaus!

Das Margaretenstift lag nicht weit entfernt. Verntoven schlug den Weg nach dorthin ein.

Plötzlich ging ein Stöhnen durch den schlanken Mädchenskörper.

„Wo bin ich...?“

„Gerettet. Wer wird ins kalte Wasser springen, kleines Fräulein! Gab es denn keinen anderen Ausweg?“

„Nein, nein, es gab keinen. Bitte, verbergen Sie mich! Sie dürfen mich nicht finden, sonst bin ich verloren.“

„Was haben Sie denn getan? Doch jetzt ist keine Zeit zu Erklärungen. Ich wollte Sie ins Krankenhaus bringen.“

„Nein, um Gottes willen.“

Ein kurzes Bestimmen, dann schlug der Professor eine andere Richtung ein. Ab und zu ging ein Zittern durch die Gestalt des Mädchens, dann schritt Verntoven schneller dahin.

seinem alten Getreuen zu. Dann ging er mit dem Mädchen in sein Arbeitszimmer und legte sie auf die Chaiselongue.

Aus großen, schimmernden Augen blickte sie ihn angstvoll an.

„Nicht verraten, bitte, bitte!“
„Wir sprechen nachher weiter. Vorläufig müssen Sie sich erst erholen“, sagte er ruhig und bestimmt.

Das Mädchen legte den Kopf müde zur Seite. Naß und schwer lebte das Mondhaar um die Stirn.

Es klopfte beschelden. Auf den Ruf Verntovens erschien Frau Eisner.

„Liebe Frau Eisner, ich habe da ein kleines Vögelchen aus dem Wasser geholt. Versorgen Sie es bitte recht gut, damit es uns nicht krank wird. Ich muß erst überlegen, was hier zu tun ist, muß erst unbedingt noch einmal mit der kleinen Dame sprechen, wenn sie sich erholt und erwärmt hat. Ich muß natürlich ganz klar sehen, was jetzt noch nicht der Fall ist. Darf ich also bitten, sich um das Kindchen zu bemühen, liebe Frau Eisner?“

„Gern, Herr Professor.“

„Schön, ich werde drüben warten. Das Fräulein kann in meinem Arbeitszimmer bleiben, um zu ruhen. Ich denke, daß in zwei, drei Stündchen alles geklärt sein wird. Versuchen Sie zu schlafen.“

Er nickte freundlich und ging; aber zwischen der Tür hindurch sah er noch einmal auf das Mädchen. Dieses schöne blonde Haar, dieses schmale, seine Gesicht, die ganze, elfenhafte Gestalt — war es nicht, als habe ihm der Himmel selbst wieder zu seiner Kunst und Arbeit verhelfen wollen?

Die kleine Fremde, die er mit Einsatz seines eigenen Lebens aus dem Wasser geholt hatte, die war das Modell zu seinem Werk! Innerlich erschüttert stand Verntoven dann im Atelier vor dieser Erkenntnis.

Aber wer war die Kleine? Würde sie ihm denn überhaupt Modell stehen wollen?

Das waren Fragen, die schon die nächsten Stunden klären würden. Verntoven stellte sich alles für ein neues Werk zurecht. Ganz vertieft war er in seine Pläne.

Die gesetzlichen Sozialversicherungen u. die Lohnsteuer

nach dem Stande vom 1. Januar 1931

1. Krankenversicherung

Versicherungspflichtige	Beiträge	davon Arbeit- nehmer	geber	Leistungen	Bemerkungen
Alle gewöhnlichen Arbeitnehmer, sowie kaufm. Angestellte und Lehrlinge bis zu einem Jahreseinkommen von 3600 RM. Beim Überschreiten der Verdienstgrenze besteht die Versicherungspflicht noch für die Dauer von 3 Monaten. Sie können sich dann bis zu einem Jahreseinkommen von 8400 RM freiwillig weiter-versichern. Auf Antrag können Lehrlinge im Betrieb ihrer Eltern von der Versicherungs-pflicht befreit werden.	Nach den Satzungen der Kassen. ¹⁾	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$ ²⁾	Ärztliche Behandlung, Arzneien, Heilmittel, Krankenpflege, Krankengeld, Familienhilfe, Wochen-hilfe, Sterbegeld nach den näheren Vorschriften der Kassen-satzung. Bezahlt der Versicherte während seiner Krankheit seinen Lohn oder Gehalt weiter, so ruht der Anspruch auf Krankengeld.	An- und Abmeldungen sind durch den Arbeit-geber innerhalb 3 Tagen zu bewirken. Für die Dauer der Krankheit sind bei Arbeits-unfähigkeit keine Beiträge zu entrichten, ebenso bei Schwangerschaft und Wochenbett.
	¹⁾ Bei allen Versicherungen lastet der Arbeitgeber für Einrichtung der Beiträge. ²⁾ Mitglieder von Erwerbslosen u. sonst dem Arbeit-geber die Mitgliedschaft nachgewiesen ist, der Arbeitgeber-anteil nach den Beiträgen der zuständigen Krankenkasse auszusahlen.				

2. Invalidenversicherung

Arbeiter, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, soweit sie nicht der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen, und Hausgehilfen.	Klasse I bis 6 RM Wochenlohn — 30 RM II. über 6 bis 12 RM Wochenlohn — 60 " III. " 12 " 18 RM " — 90 " IV. " 18 " 24 RM " 1,20 " V. " 24 " 30 RM " 1,50 " VI. " 30 " 36 RM " 1,80 " VII. " 36 RM " 2,00 "	— — 30 — 30 — 45 — 60 — 75 — 90 1,00	— 30 — 30 — 45 — 60 — 75 — 90 1,00	Invalidenrente, bei Vollendung des 65. Lebensjahres oder wenn der Versicherte nicht mehr im Stande ist, $\frac{1}{2}$ dessen zu verdienen, was eine gesunde Person mit gleicher Ausbildung in derselben Gegend verdient = jährlich 240.— RM (Grund-betrag + Zuschlag) zugl. Steigerungsbetrag. Kinder-zuschlag 120.— RM. Witwenrente, erhält die erwerbsunfähige oder 65 Jahre alte Witwe = sechs Zehntel der Invalidenrente mit vollem Kinder-zuschlag (72.— RM). Waisenrente, wird den Kindern des verstorbenen Versicherten bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres (in besonderen Fäl-len länger) gezahlt = $\frac{1}{2}$ der Invalidenrente mit halbem Kinderzuschlag (36.— RM). Beihilfen zur Abwendung drohender Invalidität (auch für Witwen). Zuschüsse zu größeren Beihilfen z. B. Zahnarzt, Gehörungs-fürsorge für Kinder von Versicherten. Invalidenauspflege (statt Rente).	Wert der Sachbezüge: Wohnung und Kost 25 RM monatlich für Versicherte unter 16 Jahren sowie für weibl. Haus- und Wirtschaftsgelhilfen. 40 RM für das übrige weibliche und männliche Personal. Für Dienstboten sind in keinem Falle Marken I. Lohnklasse zu zahlen.
---	--	---	--	---	--

3. Arbeitslosenversicherung

Alle krankenversicherungspflichtigen und alle angestelltenversicherungspflichtigen Arbeitneh-mer. Lehrlinge mit einem Lehrvertrag von mindestens 2 Jahren werden auf Antrag bis 12 Monate vor Ablauf des Vertrages von der Arbeitslosenversicherung befreit.	$\frac{1}{2}$ des Bruttoarbeitslohnes. Bei Ange-stellten v. d. Versicherungspflichtigen, die nicht der Kranken-kassenversicherungspflicht unterliegen, ist der Höchst-satz 19,50 RM monatlich	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$ ²⁾	Arbeitslosen- und Reiseunterstützung nach den Bestimmungen der Arbeitslosenversicherungsgesetze. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer a) arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, b) die Anwartschaftszeit erfüllt und c) den Anspruch auf Unterstützung noch nicht erschöpft hat. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gezahlt bei Erwerbsun-fähigkeit durch Streik oder Aussperrung, ferner bei Aufgabe der Arbeitsstelle ohne wichtigen und berechtigten Grund, bei will-kürlicher Entlassung durch eigenes Verschulden oder bei grund-losiger Arbeitsverweigerung.	Die Beiträge sind mit den Krankenkassen-beiträgen abzuführen. Bei arbeitslosen-versicherungspflichtigen Angestellten, die nicht krankenversicherungspflichtig sind, sind die Beiträge an die für den Betrieb des Arbeitgebers zuständige Krankenkasse zu entrichten.
	¹⁾ Mitglieder von Erwerbslosen u. sonst dem Arbeit-geber die Mitgliedschaft nachgewiesen ist, der Arbeitgeber-anteil nach den Beiträgen der zuständigen Krankenkasse auszusahlen.				

4. Angestelltenversicherung

Büroangestellte, Angestellte in gehobener Stellung wie leitende Angestellte, Betriebsbeamte, Werkmeister usw., Bürolehrlinge, Handlungs-gehilfen und -lehrlinge, deren Jahreseinkom-men (Gehalt, Gewinnanteil, Sachbezüge) 8400 RM überschreitet (einw. Sozialzu-lagen nicht übersteigt). Die Versicherungs-pflicht endet bei Überschreiten der Verdienst-grenze am ersten Tag des 4. Monats.	Gehalts- klasse Bis 50 RM Mon.-Geh A 2.— RM über 50 bis 100 RM B 4.— " " 100 " 200 " C 8.— " " 200 " 300 " D 12.— " " 300 " 400 " E 16.— " " 400 " 500 " F 20.— " " 500 " 600 " G 25.— " " 600 " H 30.— " Beitragsklasse I 40.— " K 50.— "	— — 2.— — 4.— — 6.— — 8.— — 10.— — 12,50 — 15.—	— 2.— — 2.— — 4.— — 6.— — 8.— — 10.— — 12,50 — 15.—	Kindergehalt nach vollendetem 65. Lebensjahr oder dauernder oder längerer Erwerbsunfähigkeit (weniger als die Hälfte der vollen Berufs-fähigkeit), bei mindestens einjähriger Arbeits-lostigkeit nach vollendetem 60. Lebensjahr = jährlich 480.— RM zugl. Steigerungsbetrag, Kinderzuschlag 120.— RM. Witwenrente auch für erwerbsfähige Witwen (bei Wieder-verheiratung Abfindung), und Witwenrente für erwerbsun-fähige Witwen einer versicherungspflichtigen Ehefrau für die Dauer der Bedürftigkeit = sechs Zehntel des Ruhegeldes ohne Kinderzuschlag, das der Verstorbene bezog oder bezogen hätte. Waisenrente bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres (in besonderen Fällen bis höchstens 21 Jahre) = $\frac{1}{2}$ des Ruhe-geldes ohne Kinderzuschlag, das der Verstorbene bezog oder bezogen hätte. Beihilfen, um eine drohende Erwerbsunfähigkeit abzu-wenden. Angehörige erhalten während des Beihilfens Hausgeld. Zuschüsse zu größeren Beihilfen wie Prothesen, umfang-reichem Zahnarzt usw.	Für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit sind Beiträge nur soweit zu entrichten, als Gehalt gezahlt wird.
---	---	--	--	--	---

5. Unfallversicherung

Alle in einem unfallversicherungspflichtigen Betriebe tätigen Arbeitnehmer.	Nach der Satzung der zuständigen Berufs-genossenschaft. Werden ausjährlich auf Grund der Jahreslohnsumme festgelegt.	—	$\frac{1}{2}$	Nur bei nicht vorsätzlich herbeigeführtem Unfall: Krankenbehandlung, Berufsfürsorge, Unfallrente, Krankengeld, Sterbegeld, Hinterbliebenenrente.	
---	--	---	---------------	--	--

Lohnsteuer

Lohnsteuerpflichtig sind alle Arbeitnehmer, soweit ihr Lohn den lohnsteuerfreien Betrag überschreitet.

Der Grundbetrag der Lohnsteuer ist 10% des Überschusses über den steuerfreien Betrag. Die Lohnsteuer wird vom Brutto-lohn (d. h. ohne Abzug einschl. Überstunden, Sachleistungen usw.) berechnet. Sie wird vom Arbeitgeber bei der Lohnzahlung einbehalten und an das Finanzamt abgeführt.

Steuerfreier Betrag.
jährlich RM 1200.—, daraus ergibt sich:

	monatl. RM	wöchentl. RM
1. Existenzminimum	60.—	14.40
2. Pauschal für Werbungskosten	20.—	4.80
3. Pauschal für Sonderleistungen	20.—	4.80

lohnsteuerfreier Betrag 100.— 24.—

Familienermäßigung.

a) feste Abzüge:

	monatl. RM	wöchentl. RM
für die Ehefrau	10.—	2.40
das 1. Kind	10.—	2.40
das 2. "	20.—	4.80
das 3. "	40.—	9.60
das 4. "	60.—	14.40
5. und folgende Kind	80.—	19.20

b) prozentuale Ermäßigung:
je 10% des Überschusses über den steuerfreien Betrag.

Da sich das System der festen Abzüge bei gering Besoldeten, dagegen das der prozentualen Ermäßigung bei höher Besoldeten günstiger auswirkt, ist der niedrigere Betrag abzuziehen.

Es ergeben sich hierdurch je nach dem Familienstand bestimmte Schnittpunkte. Für Lohnneinkommen, welche die in der nachstehenden Tabelle bezeichneten Schnittpunkte nicht übersteigen, ist das System der festen Abzüge, für Lohnneinkommen, die über diesen Schnittpunkten liegen, das System der prozentualen Ermäßigungen anzuwenden.

Familienstand	Arbeitslohn monatl. RM	wöchentl. RM
1. Verheirateter Arbeitnehmer		
Ehefrau	204.99	48.99
1 Kind	204.99	48.99
2 Kinder	234.99	56.99
3 Kinder	304.99	72.99
2. Verwitweter Arbeitnehmer		
1 Kind	204.99	48.99
2 Kinder	254.99	60.99
3 Kinder	334.99	80.99

Sonderleistung.

Eine Erhöhung des Existenzminimums oder des Pauschal-satzes für Werbungskosten oder Sonderleistungen bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen ist möglich. Antrag ist beim Finanzamt zu stellen und muß auf der Steuerkarte vermerkt werden.

Abrechnung.

Der lohnsteuerpflichtige Betrag ist auf 5.— RM monatlich und 1.— RM wöchentl. nach unten abzurunden, der gesundene Lohn-steuerbetrag ebenfalls auf volle 5 Rpf nach unten. Kleinbeträge (nicht mehr als 1.— RM monatlich und 25 Rpf wöchentl.) werden nicht einbehalten.

Lohnsteuerenkung.

Die Lohnsteuerenkung beträgt 25% des errechneten Lohnsteuer-betrages, jedoch nicht mehr als 3.— RM monatlich = 75 RM wöchentl.

Bei den Ledigen ist die Lohnsteuerenkung in Wegfall gekommen.

Bei Einkommen von mehr als 2640.— RM jährlich, oder 220.— RM monatlich, oder 54.— RM wöchentl., wird ein Zuschlag von 10% der Lohnsteuer erhoben.

Bestimmungen zur Lohnsteuer.

1. Als ledig gelten alle lohnsteuerpflichtigen Personen, die

a) nicht verheiratet sind,

b) verwitwet oder geschieden sind, sofern aus ihrer Ehe keine Kinder hervorgegangen sind.

2. Von dem Ledigenzuschlag sind befreit

a) Mütter von unehelichen Kindern, Personen, denen für Adoptions- oder Pflegekinder eine Ermäßi-gung der Steuer zugebilligt ist,

b) Ehefrauen, die in einem Dienstverhältnis stehen,

c) verwitwete oder geschiedene Personen, aus deren früherer Ehe Kinder hervorgegangen sind,

d) Arbeitnehmer, die durch Vorlage einer Bescheinigung des Finanz-amtes nachweisen, daß sie vom Ledigenzuschlag befreit sind.

Einmalige Einnahmen

(Tantiemen, Gratifikationen usw.) sind im vollen Betrag lohn-steuerpflichtig und zwar in demselben Maße, wie der Lohn (Er-mäßigungen für Ehefrau usw.). Ein Abzug von 25% tritt hier nicht ein.

Bei ledigen Arbeitnehmern, ausgenommen denen, die vom Ledigenzuschlag befreit sind, kommt bis 31.3.1931 zu der Lohnsteuer von 10% ein Zuschlag von 10%, berechnet von 60% des Gesamtbetrages der einmaligen Einnahme, hinzu, — soweit diese innerhalb der Zeit vom 1.9.1930 bis zum 31.3.1931 dem Arbeitnehmer tatsächlich zufließen.

Sachbezüge.

Für Wohnung und Kost werden gerechnet:

a) bei weiblichen Hausangestellten, Bedienten, Lehrmädchen und sonstigen gering bezahlten Arbeitskräften 25.— RM,

b) bei männlichen Hausangestellten, Knechten, männlichen und weiblichen Gewerbegehilfen und Personen, die der Angestellten-versicherung unterliegen, 40.— RM,

c) bei Angestellten höherer Ordnung, Ärzten, Apothekern, Haus-lehrern und Lehrerinnen, Hausdamen, Geschäftsführern und Gutsinspektoren, 60.— RM.

Der Wohnungswert allein ist mit einem Sechstel der vorstehen-den Beträge anzusetzen.